

Vorarlbeger Landtag.

16. Sitzung

am 21 Oktober 1908

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 23 Abgeordnete. - Abwesend: Hochwst. Bischof Dr. Zobl.

Regierungsvertreter:

Heer k. k. Statthaltereirat Levin Graf Schaffgotsch.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 5 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

(Sekretär verliest dasselbe.)

Zur Fassung des Protokolles hat sich der Herr Abg. Jodok Fink zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Jodok Fink: Der Herr Abg. Dr. Waibel hat nicht bloß zu Artikel III eine Druckfehlerkorrektur beantragt, sondern auch zu Artikel I, und zwar hat er beantragt, daß, nachdem im zweiten Absatz des Artikel I nach dem Worte "bisherigen"

ein Beistrich sei, in demselben Absätze auch nach "Verordnungen" wieder ein Beistrich zu setzen sei, so daß es heißt: (liest) "Mit demselben Zeitpunkte treten die bisherigen, den Gegenstand dieses Gesetzes betreffenden Gesetze und Verordnungen, außer Kraft." Dieser Beistrich ist in dem Protokolle nicht ersichtlich gemacht, worden und ich bitte daher, daß dies im heutigen Protokolle korrigiert werde.

Landeshauptmann: Die Bemerkungen des Herrn Vorredners beruhen auf Richtigkeit, und nur bei dem Diktate des Protokolles, welches sehr umfangreich und kompliziert ist, ist diese

184

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

Druckfehlerberichtigung übersehen worden. Ich werde im heutigen Protokolle Veranlassung treffen, daß die Korrektur nachträglich festgesetzt werde. Hat sonst noch jemand gegen die Fassung des Protokolles eine Einwendung zu erheben?

Da dies nicht der Fall ist, betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Wir kommen nun zur heutigen Tagesordnung. Auf derselben steht als erster Gegenstand die Regierungsvorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Institut der Landesverteidigung. Die Regierungsvorlage ist bereits gedruckt und samt dem Motivenberichte den Herren Abgeordneten verteilt worden. Ich erwarte über die formelle Behandlung dieses Gegenstandes einen Antrag.

Thurnher: Ich beantrage, diesen Gegenstand dem Gemeindeausschusse zur Vorberatung zuzuweisen.

Dr. Waibel: Im Motivenberichte zu diesem Gesetzentwürfe steht im fünften Absatz, Zeile 2, der Ausdruck "rechtliche Bevölkerung." Mir ist dieser Ausdruck ganz neu. Ich möchte gerne Aufklärung haben, was dieser Ausdruck "rechtliche Bevölkerung" bedeutet.

Regierungsvertreter: Ich habe den gedruckten Motivenbericht noch nicht in die Hände bekommen und kann deswegen auch nicht gleich diese Frage ganz genau beantworten. Vielleicht ist es ein Druckfehler, vielleicht ein veralteter Ausdruck. Es soll heißen "anrechenbare Bevölkerung", (Turnher: "es ist im Original auch so drinnen") aber wahrscheinlich wird es wohl in der Beilage richtig bezeichnet worden sein mit dem Ausdruck "anrechenbar". Denn es kommt nicht die ganze Bevölkerung in Betracht, sondern nur die "anrechenbare", d. i. jene, welche heimatsberechtigt ist. Es soll also bedeuten "anrechenbar".

Landeshauptmann: Es ist der Antrag gestellt worden, daß die Regierungsvorlage dem Gemeindeausschusse zur Vorberatung zugewiesen werde. Wird eine Einwendung dagegen erhoben oder ein Gegenantrag gestellt?

Da dies nicht der Fall ist, so nehme ich an, daß das hohe Haus zu diesem Antrage seine Zustimmung

gibt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Petitioussausschusses über das Gesuch des Vorarlberger Unterstützungsvereines in Innsbruck.

Berichterstatter über diesen Gegenstand ist der Herr Abg. Scheidbach. Ich erteile ihm das Wort.

Scheidbach: Ich habe diesem gedruckten Berichte weiter nichts mehr beizufügen und erlaube mir, den Aickrag zur Verlesung zu bringen. (Liest den Antrag aus Beilage L.) Ich empfehle dem hohen Hause diesen Antrag zur Annahme.

Landeshauptmann: Wünscht jemand zu diesem Berichte und Antrage das Wort zu ergreifen?

Es ist dies nicht der Fall, somit schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche diesem Antrage des Petitionsausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend Übernahme der Verpflegskosten für in türkischen Spitälern aufgenommene mittellose Vorarlberger. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg. Pfarrer Mayer, das Wort zu ergreifen.

Pfarrer Mayer: Hohes Haus! Wie der vorliegende Bericht ausführt, hat die Frage, ob das Land Vorarlberg die Verpflegskosten, die aufgelaufen für solche Pfleglinge sind, welche in türkischen Pccivatspitälern Aufnahme gefunden haben und mittellos sind, auf den Landesfond übernehmen soll, schon gut zwei Jahre den Landes-Ausschuss beschäftigt. Der Landes-Ausschuß war aber bisher nicht in der Lage, einen solchen Beschluß vom hohen Hause zu erwirken, denn er wollte vorher mehr Garantien haben nach zwei Richtungen hin, nämlich erstens, daß Vorarlberger Angehörige nicht nach Willkür in solchen Spitälern aufgenommen oder aus denselben entlassen werden und zweitens, daß die Verpflegskosten nicht willkürlich bemessen werden. Die hohe Regierung hat die Garantien geboten, indem sie einerseits eine Tabelle beigeschlossen hat, nach welcher sich der Landes-Ausschuß im Bedarfsfälle zu richten hat und über welchen

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

185

Verpflegstarif er bei der Bezahlung der Kosten nicht hinausgehen muß, und zweitens sind nur solche arme Verpflegte zu berücksichtigen, welche über Veranlassung der k. k. Konsulate Aufnahme gefunden haben oder aus den Spitälern entlassen wurden. In dieser Richtung stellt auch der Finanzausschuß den betreffenden Antrag, welcher lautet: (lieft den den Antrag aus Beilage XLVIII). Ich möchte nur noch beifügen, daß bisher das Land Vorarlberg noch nie in der Lage war, für solche Verpflegskosten aufzukommen und später wohl auch nicht leicht in die Lage kommen wird. Ich empfehle den Antrag dem hohen Hause zur Annahme.

Landeshauptmann: Ich eröffne über diesen Bericht und Antrag die Debatte. - Wenn niemand das Wort ergreift, schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche diesem Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren

Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Subventionierung des Brückenbaues Wolfurt-Kennelbach. Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Köhler. Ich erteile ihm das Wort.

Köhler: Hohes Haus! Der Bericht über diese Angelegenheit liegt schon seit einigen Tagen vor, und es ist anzunehmen, daß die Herren Mitglieder des hohen Landtages denselben zur Kenntnis genommen haben. Überdies handelt es sich hier um einen Gegenstand, welcher schon durch mehr als fünf Jahre den hohen Landtag mehr oder weniger beschäftigt hat, und dürfte es daher nicht notwendig sein, noch etwas Näheres beizufügen. Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses gebe ich daher bekannt folgende Anträge: (liest die Anträge aus Beilage LIII.) Ich empfehle diese beiden Anträge dem hohen Hause zur Annahme.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und die Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Debatte. - Wenn niemand in derselben das Wort zu ergreifen wünscht, kann ich zur Abstimmung schreiten und zwar werde ich beide

Anträge unter einem vornehmen, wenn keine Einwendung dagegen erfolgt. Ich ersuche also jene Herren, welche diesen beiden Anträgen ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Somit wäre dieser Gegenstand erledigt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschluß von Handelsverträgen betreffend die Auferlegung einer Eingangsgebühr für Zucker in Ungarn. Berichterstatter über diesen Gegenstand ist der Herr Abg. Thurnher. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Thurnher: In dem dem hohen Hause vorliegenden Berichte ist in kurzen Zügen das Bild unseres Verhältnisses zu Ungarn entrollt. Die Farben sind keineswegs zu schwarz aufgetragen, sondern der Bericht führt nur das tatsächliche Verhältnis in ganz objektiver Weise auf. Ich habe

bereits in der Sitzung des hohen Hauses am 13. Jänner 1896 anlässlich eines von mir und Genossen eingebrachten Antrages, in welchem die Regierung aufgefordert wurde, bei den damals bereits beginnenden Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Interessen und Rechte der diesseitigen Reichshälfte nach jeder Richtung gewahrt werden, nachgewiesen, daß schon im ersten grundlegenden Ausgleich vom Jahre 1867 unserer Reichshälfte verhältnismäßig viel zu viel Lasten auferlegt worden sind, und daß im Laufe der Jahre diese Lasten nicht vermindert und erleichtert, sondern erhöht und erschwert wurden. Ich habe damals betont, daß die ursprüngliche Aufteilung der gemeinsamen Auslagen auf beide Länder von 70 % und 30 % weder in Rücksicht auf die Bevölkerungszahl noch in Rücksicht auf die Steuerkraft beider Reichshälften gerecht war. Ich habe damals nachgewiesen, daß gleich im Anfange durch die Übernahme der einige Milliarden betragenden Staatsschuld auf die diesseitige Reichshälfte, zu Deren Verzinsung Ungarn jährlich nur 60,000.000 K, und zu deren Amortisation

186

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

nur 3,000 000 K beiträgt, die diesseitige Reichshälfte allzusehr und für alle Zeiten benachteiligt worden sei. Diese finanzielle Benachteiligung unserer Reichshälfte ist später noch dadurch erhöht worden, daß das Zollerträgnis, von welchem zirka 86 % in Zisleithanien und nur 14 7° in Ungarn eingehen, zur Bestreitung der gemeinsamen Angelegenheiten verwendet wird und sonach hier eine höhere Belastung unserer Reichshälfte eingetreten ist, als es in Hinsicht auf die Quote der Fall war. Während wir in finanzieller Beziehung stark herangezogen wurden, wußte sich Ungarn hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten größeren Einfluß als unsere Reichshälfte zu verschaffen. In dieser Beziehung haben wir gleichsam das umgekehrte Verhältnis. Je mehr wir zu zahlen hatten, umsomehr wußte Ungarn an Einfluß zu gewinnen. Dieser Einfluß erstreckte sich in einer für das gesamte Reich ungünstigen Weise auch auf die auswärtige Politik des Reiches, und das solange gespannte und die Monarchie gefährdende Verhältnis zu Rußland ist zum nicht geringsten Teil auf den allzugroßen Einfluß Ungarns zurückzuführen. In dieser Beziehung ist endlich eine glückliche Wendung zum Besseren eingetreten, und wir wollen hoffen, daß die guten Beziehungen beider Großmächte zu einander fortan dauernd und fest sich gestalten. Im vorliegenden Berichte wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Art und Weise der Durchführung der Ausgleichsgesetze vielfach den Grundsätzen des Rechtes und der Gleichberechtigung nicht entspricht, sondern daß Ungarn mancherlei unternommen

hat, was eine weitere Schädigung unserer Reichshälfte involviert, und mit dem Sinne und Geiste der Ausgleichspunktationen durchaus nicht im Einklange steht. Der bezügliche Passus des Berichtes sagt: (liest) "Es sei diesbezüglich nur hingewiesen auf den durch Jahrzehnte bestandenen Mahlverkehr, auf die grundsätzliche Ausschließung der österreichischen Industrie von öffentlichen Lieferungen, auf die Errichtung der Petroleumraffinerien, auf die unter dem Titel "Warenstatistik" eingehobene Gebühr für aus unserer Reichshälfte nach Ungarn eingeführte Waren, auf die Errichtung von Mauten unmittelbar an der Grenze, auf die Gewährung vertragswidriger Refaktien, auf den Mangel und die laxe Handhabung veterinär-polizeilicher Vorschriften in Ungarn, durch welche letztere

speziell der österreichischen Landwirtschaft so vielfach der empfindlichste Schaden zugefügt wurde." In dieser Beziehung müssen wir fordern, daß die Ausgleichsgesetze in der Folge in einer beide Reichshälften gleich berücksichtigenden Weise durchgeführt werden.

In jüngster Zeit wurde auch in Ungarn frevelnd Hand an die Grundlagen des Ausgleiches des Jahres 1867 angelegt, indem gleichsam mit Gewalt die Forderung der Bildung einer eigenen ungarischen Armee, die neben dem gemeinsamen Herrscher und neben der gemeinsamen Vertretung nach Außen das wichtigste Bindeglied zwischen beiden Reichshälften bildet, durchgesetzt werden sollte. Wenn die Ungarn selbst Bresche in ihre Verfassung und in ihre staatsrechtliche Stellung legen, so verirken sie eigentlich dieselbe und sie können dann auch nicht von anderer Seite verlangen, daß sie darin geschützt werden sollen. Eine volle Trennung von der Monarchie würde auch für Ungarn selbst den Ruin herbeiführen, indem dadurch der Nationalitätenstreit in viel größerer Weise dort entfacht würde und schließlich voraussichtlich mit der Erdrückung des numerisch schwachen magyarischen Elementes enden müßte.

Wenn wir trotz der durch die bisherigen Ausgleichs empfundene Bevorzugung Ungarns und der durch die Handhabung und Auslegung des Gesetzes oft erfolgten schmerzlichen Schädigung unserer Reichshälfte nicht die Trennung wünschen, solange noch Aussicht auf einen halbwegs entsprechenden Ausgleich vorhanden ist, so geschieht dies deshalb, weil wir, wie der Bericht schon eingehender ausführt, ein starkes, ein mächtiges, seiner Aufgabe gewachsenes Österreich wollen, während eine Trennung beide Reichshälften schwächt, und dieselben zu zwei Mittelstaaten, welche keinen Einfluß auf die europäischen Geschicke ausüben und sich selbst keinen genügenden Schutz zu bieten vermöchten, herabsinken würden. Speziell für Vorarlberg bestehen auch noch materielle Gründe, die gegen die Trennung

sprechen. Unsere Industrie, welche in Ungarn ein weites Absatzgebiet hat, könnte, wenn Zollschranken zwischen beiden Reichsteilen aufgeführt werden, mit der Industrie des Auslandes, namentlich mit jener Deutschlands schon in Rücksicht auf die Höhe der Arbeitslöhne und der Lebensmittelpreise sowie der horrenden Umlagen, namentlich in den Gemeinden

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

187

nicht mehr konkurrieren und wäre ein rascher Rückgang, wenn nicht Niedergang der Industrie zu befürchten. Zudem hätten wir eine weitere Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel zu gewärtigen.

Vorararlberg hat in guten und schlechten Zeiten stets treu zu Kaiser und Reich gehalten, und heute gehört es zu jenen wenigen Ländern der Monarchie, welche von den gegenwärtigen Wirren unmittelbar nicht berührt werden, aber es mußte doch die verderblichen Wellenschläge dieser Wirren durch die eingetretene tief einschneidende Beunruhigung und Stagnation auf wirtschaftlichem Gebiete mitempfinden und darunter leiden. Unser sehnlichster Wunsch ist es daher, daß in unserem Reiche wieder geordnete Verhältnisse eintreten, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Länder und Völker des weiten Reiches, die Überzeugung, daß nur treues Zusammenhalten und Zusammenwirken aller Teile des Reiches die Wohlfahrt der Einzelnen und des Ganzen begründen können, immermehr zum Durchbrüche gelange.

Darum rufen wir nicht "Los von Ungarn" sondern fordern festeres Anschließen auf gerechter und dauernder Grundlage. In Rücksicht auf diese Ausführungen und den dem hohen Hause vorliegenden Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses erlaube ich mir im Namen dieses Ausschusses folgende Anträge zu stellen: (liest die Anträge aus Beilage IL.)

Ich empfehle diese Anträge dem hohen Hause zur einhelligen Annahme.

Landeshauptmann: Indem ich über die vorliegenden Anträge und den Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Debatte eröffne, erteile ich das Wort dem Herrn Abg. Dr. Drexel, welcher sich als Redner vormerken ließ.

Dr. Drehet: Hohes Haus! Der Umstand, daß im Verlaufe dieser Session wiederholt unser Verhältnis zu Ungarn zur Sprache kam und zudem uns heute diese Frage direkt berührende Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses vorliegen, bestätigt die von niemanden geleugnete Tatsache, daß unser Vaterland sich zur Zeit in einer Krise befindet,

deren Ausgang die traurigsten Folgen mit sich führen kann. Da erscheint es denn wohl als eine Pflicht der Landtage in, voller Würdigung des Ernstes der

Situation die Interessen des Landes wahrzunehmen und der Öffentlichkeit gegenüber seine Stellung klar zum Ausdruck zu bringen.

Schon seit Jahren mußte man mit Bedauern jene Unsicherheit wahrnehmen, die schwer auf Handel, Gewerbe und Industrie lastete, und zu gleicher Zeit, da man den wirtschaftlichen Aufschwung unserer Nachbarländer beobachten konnte, schien die wirtschaftliche Tätigkeit und der Unternehmungsgeist unserer produzierenden Kreise zeitweilig wie gelähmt. Heute ist dieser Zustand noch kritischer geworden, besonders auch durch den Umstand, daß die Gefahr besteht, es möchte die Entscheidung mehr durch täuschende Schlagworte und unbesonnene Erregung beeinflußt werden, als durch ruhige Erwägung und ernste Besonnenheit, die doch umsomehr notwendig sind, als es sich um die materiellen Interessen weiter Volkskreise handelt.

Ich lasse es dahingestellt, ob eine Trennung von Ungarn in politischer Hinsicht der österreichischen Reichshälfte keinen großen Schaden zufügen würde, dagegen aber zur politischen Isolierung und völligen Ohnmacht Ungarns im europäischen Völkerkonzerte führen würde. Doch scheint ein sehr gefährlicher Optimismus in der Annahme zu liegen, daß die Verluste, welche unserer Industrie und dem Handel erwachsen würden, nur vorübergehend und durch eine energische Vertragspolitik sogar leicht abwendbar wären, weil wir im Besitze der Grenzlinie mit Rußland und des Hafens von Trieft, die Industriezölle Ungarns mit Agrarzöllen dahin erwidern und unseren Mehrbedarf an landwirtschaftlichen Produkten aus Rußland, Rumänien und Amerika decken können. Daß der Verlust des ungarischen Absatzgebietes durch Vorteile, welche unser Ausfuhrhandel nach Rußland und Rumänien gewänne, wettgemacht werden kann, dürfte wohl für lange Zeit ein unerfüllter Wunsch bleiben.

Die beiden Reichshälften gehören ihrer Natur nach zusammen und ergänzen sich gegenseitig in ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen derart, daß wir bei geordneten Verhältnissen sofort den wohlthuenden Unterschied zwischen unserer Monarchie und einem einseitigen Industrie- oder Agrarstaat herausfinden; So könnte es sein; so war es aber nie, am allerwenigsten in den letzten Jahren. Es ist mir nicht unbekannt, daß besonders österreichischerseits mit vollem Rechte eine gerechtere Verteilung der

gemeinsamen Lasten verlangt würde; die Rücksicht auf das finanziell schwächere und leichter erregbare Ungarn, vor allem aber der großösterreichische Gedanke haben Cisleithanien bewogen, bisher einen größeren Teil der Bürde selbst zu übernehmen und dem Bruder den kleineren zu überlassen. Anstatt, daß nun eine, den geänderten Verhältnissen entsprechende Revision des Ausgleiches eintritt, müssen wir nun beobachten, wie verletzter Ehrgeiz, politisches Strebertum und einseitig übertriebene Schätzung des nationalen Gedankens, dieses gegenseitige Verhältnis so getrübt haben, daß wir jeden Augenblick befürchten müssen, nicht nur die politische, sondern auch eine vollständig wirtschaftliche Trennung werde das Ende vom Liede sein.

Wir sehen deshalb, wie von den verschiedensten Seiten Stellung zur weiteren Entwicklung genommen wird; manche stellen das politische Interesse obenan, ohne die wirtschaftlichen Folgen ihrer Schritte in Betracht zu ziehen, andere hingegen sprechen einer Lostrennung das Wort, weil sie durch die Isolierung des ungarischen Konkurrenten eine Preiserhöhung ihrer Produkte, erwarten und endlich melden sich auch diejenigen allmählich zum Worte, für welche die politische Lage unseres Staates und die Trennung von Ungarn eine anderwärts nicht zu kompensierende Schädigung der Volkswirtschaft bedeuten. Zu diesen letzteren gehört ohne Zweifel auch Vorarlberg, welches in großer Gefahr steht, von einem ungünstigen Ausgang dieser Krise schwer getroffen zu werden, und daher begrüße ich es, daß der Landtag Stellung nimmt und, was das einzig Vernünftige ist, in erster Linie die Interessen derjenigen wahrnimmt, die er zu vertreten hat.

Vorarlberg ist in bevorzugter Weise ein Industrieland; es hat frühzeitig die Bedeutung derselben verstanden und hatte schon zu einer Zeit eine glänzende Produktion, als man in anderen Ländern noch sehr starke Bedenken darüber hören konnte. Diesem gesunden Fernblicke verdankt unser Land eine großentwickelte Textil- und Stickerei-Industrie, welche ohne Zweifel manche schwache Existenz gestärkt, ja zum Wohlstande gebracht haben. Dabei bleibt für mich die Frage ganz außer Spiel, ob die Arbeitgeber auch das Interesse ihrer Arbeiter wahrnehmen und im Auge behalten haben - für mich kommt heute lediglich der Umstand in Betracht, daß viele in unserer Industrie ihren wenn auch

oft spärlichen Unterhalt finden, daß zahlreiche Familien aus diesen Verdienst hin gegründet wurden und daß mit dieser Arbeiterschaft zahlreiche Handels- und Gewerbetreibende in engster Beziehung stehen und damit indirekt an der Frage der weiteren Entwicklung unserer Industrie sehr interessiert sind.

Es ist nicht meine Sache, in erster Linie das persönliche Interesse der Fabrikanten zu vertreten

- sollte alles in Österreich schief gehen, so dürften sie trotzdem das notwendige Kleingeld zur Verfügung haben, um anständig leben zu können - sondern mein Blick ist hingewandt auf die Tausende von Arbeitern und ihren Angehörigen, deren Existenz und Verdienstgelegenheit mit unserer Industrie steht und fällt. In diesem Umstände liegt der Ernst des Augenblickes und für den Vorarlberger die Pflicht, im Rate der Völker Österreichs laut und deutlich seine Stellung zu präzisieren.

Unsere gesamte Industrie steht schon seit ihrer Gründung mit Ungarn in einem regen Verkehre, der sich durchwegs durch einen bedeutenden Export dorthin geltend macht und in der verhältnismäßig geringen Einfuhr von Getreide, Wein und Vieh auch nicht annähernd ausgeglichen wird. Industrielle Kreise versichern mich, daß wenigstens für 10 Millionen Kronen jährlich Produkte unserer Textilindustrie allein nach Ungarn wandern und dabei ist wohl zu bedenken, daß es sich meist um Artikel handelt, welche vom Rohzustand bis zur letzten Vollendung zahlreiche Hände beschäftigen.

Von derselben Seite werde ich dahin unterrichtet, daß ungefähr ein Drittel unserer einheimischen Arbeiterschaft in Ausführung der ungarischen Aufträge seinen Verdienst findet - und so frage ich mich denn, wohin soll das führen, wenn dieses große Absatzgebiet uns verloren gehen sollte?

Infolge flauen Geschäftsganges der letzten Zeit ergab sich für einige Betriebe direkter Arbeitsmangel, der eben durchwegs auf Kosten der Arbeiterschaft sich geltend machte, indem sie einfach einen Tag in der Woche keine Arbeit und damit auch keinen Lohn hatten oder, was noch schlimmer ist, bei Akkordarbeit stundenlang auf spärliche Arbeit warten mußten.

Wer öfters in den Haushalt unserer Arbeiterschaft einen Einblick nimmt, der hatte zu dieser Zeit Gelegenheit, sich ein Bild von den traurigen Folgen einer großen Krise, einer andauernden Geschäftsstockung

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

189

zu machen. Im Leben des Arbeiters hat eine Krone einen höheren Wert. als an der Wiener Börse, (Loser: So ist es!) der geringste Entgang wird schwer gefühlt, und wer das Wohl dieser Arbeiterschaft im Auge behält, der muß auch sorgen und wünschen, daß unsere Industrie stets mit Aufträgen versorgt ist.

Durch die Lostrennung von Ungarn würde aber gerade unsere heimische Industrie schwer getroffen. Isoliert steht sie an der Grenze des Deutschen

Reiches und der Schweiz, fern von den Kohlenlagern und großen Verkehrszentren. Beide nachbarliche Industrien müssen wenigstens als ebenbürtig, wenn nicht in vieler Hinsicht als höher stehend, bezeichnet werden, und nachdem unsere Industrie ehemals schon mit der Konkurrenz Böhmens und Mährens rechnen muß, wie schwierig würde erst ihre Lage, wenn Österreich das ungarische Absatzgebiet verloren ginge?

Man könnte ja einwenden, daß auch im Falle einer Zolltrennung ein Meistbegünstigungsvertrag mit Ungarn abgeschlossen werden könnte, doch möchte ich mit dieser Annahme nicht rechnen. Denn bei der tiefen Verstimmung, die vielfach Platz gegriffen hat, bei der wiederholt vorgekommenen illoyalen Handhabung der gesetzlichen Ausgleichsbestimmungen in früherer und neuester Zeit, bei der auch schon dagewesenen Ausschließung österreichischer Industrieerzeugnisse und so mancher recht gehässigen Kundgebung, besonders gegen die Deutschen, kann ich nicht daran glauben, daß sich sobald nach erfolgter Zolltrennung ein freundschaftliches Verhältnis herausbilden werde, sondern ich sehe vielmehr die Gefahr, es möchte auch im politischen Leben so gehen, wie es im bürgerlichen nicht zu selten vorkommt, daß zwei Nachbarn, deren Freundschaft durch einen kleinen Wortwechsel gelöst worden, nun an nichts anderes zu denken scheinen, als sich gegenseitig das Leben möglichst sauer zu machen.

Neue Absatzgebiete zu finden ist schwer, besonders in dem Fall, daß die Industrie der anderen Länder, die in ruhiger, sicherer und steter Entwicklung qualitativ und quantitativ den übrigen den Vorsprung abgelaufen haben, mit Aufmerksamkeit und Geschick, unterstützt von einer zielbewußten Regierung, dasselbe Ziel im Auge behielt, ja behalten muß.

So liegt denn eine traurige Ironie in der Tatsache, daß zu einer Zeit, in welcher alle anderen

Staaten neue Absatzgebiete suchen und jeder Sozialpolitiker die Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes und die Vermehrung der Verkehrsbedingungen als höchst erstrebenswert bezeichnen - zwei Staaten auseinandergehen wollen, um sich Schaden und nur Schaden zuzufügen, während vom Osten her dem wirtschaftlichen Leben des Abendlandes eine große Gefahr droht.

Eine ungünstige Lösung der Krise würde aber nicht nur von den bedenklichsten Folgen begleitet sein für die Arbeiterschaft, sondern auch für Handel und Gewerbe, und ganz unabsehbar wäre der Schaden für unsere größeren Industrieorte, denen das neue Heimatsgesetz eine große Anzahl mittellose Heimatberechtigter zuführte. Überdies ist zu bedenken, daß auch unsere Viehzüchter einen nicht unbedeutenden Export nach Ungarn sich zu verschaffen

wußten.

Manchmal hört man die eine oder andere Zeit eine goldene nennen, man möchte vielleicht glauben, daß zur Zeit der Minnesänger und in späteren Perioden der deutschen Geschichte die Erde ein halbes Paradies war. - Heute beherrscht das ernste soziale Stück die große Weltbühne. Da ist es denn wohl eine betrübende Erscheinung, daß so manche davon keine Notiz nehmen wollen und sich selbst täuschend den eitlen Versuch machen, das Trauerspiel in einen belanglosen Schwank umzuarbeiten.
(Loser: Sehr richtig.)

Aus dem Herzen hat mir kürzlich der Präsident der Vorarlberger Handels- und Gewerbekammer, Herr Rudolf Ganahl, gesprochen, als er in öffentlicher Sitzung bei Besprechung des Ausgleiches sich unter anderem folgendermaßen äußerte: "Wenn es aber solche auch bei uns gibt, welche eine so radikale Trennung herbeiführen und das Linzer Programm verwirklichen möchten, welches die Lostrennung von Ungarn, die Ausscheidung von Galizien und Dalmatien, die Angliederung der ehemaligen deutschen Bundesländer an Deutschland durch eine Zollunion enthält, so perhorresziere ich mit aller Entschiedenheit eine solche Arbeit auf den Abbruch. Es läge darin eine Schädigung der österreichischen Gesamtheit und klarliegender Interessen unseres Heimatlandes Vorarlberg, und mit dieser Meinung bin ich nicht allein, sondern ich stehe in den Reihen der ungeheuren Mehrheit des Vorarlberger Volkes und man sagt, wir seien ein verständiges und arbeitstüchtiges,

190

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

ein unternehmungslustiges und dem Einflüsse des vorgeschrittenen Westens keineswegs unzugängliches Volk." Der Herr Präsident hatte ohne Gefahr, Widerspruch zu erfahren, die feste Tatsache betonen können, daß eine solche Strömung in Vorarlberg sich bereits geltend gemacht und noch existiert, aber ich freue mich, daß sie nicht zu stark ist. Die große Mehrheit unseres Volkes steht auf anderer Seite, das mag auch die heutige Verhandlung des Landtages beweisen. Die starke Mehrheit unseres Volkes fühlt und denkt mit den besitzlosen Klassen und weiß wie mancher Mann hart mit des Lebens Not zu kämpfen hat; ja ich bin überzeugt, daß sie bereit wäre, sogar Opfer zu bringen, um eine gefährliche Krise hintanzuhalten und so vielen braven Volksgenossen eine harte Prüfung und eine Reihe trostloser Tage zu ersparen.

Hoffen wir, daß eine zielbewußte Regierung, eine kräftige Hand und die Völker unserer Monarchie noch frühzeitig genug den richtigen Weg finden werden. Es dürfte ja auch in Ungarn ruhige

Überlegung und die Selbstliebe möglicherweise die Oberhand gewinnen, denn auch dort leidet der große Teil des Volkes unter dem harten Drucke des wirtschaftlichen Niederganges. Wenn einmal hüben und drüben die Erkenntnis zum Durchbruch gekommen ist, daß in einem friedlichen Zusammenwirken die Gewähr liegt für eine solide und gesunde wirtschaftliche Entwicklung unserer Staaten, wenn die Besonnenen wieder die Oberhand gewinnen, dann ist die Krise rasch und glücklich gelöst - es werden diejenigen vollständig zurücktreten müssen, die heute ein besonderes Interesse an der Verhetzung der Völker und Nationen zu haben scheinen.

Wie sehr ich nun aber auch eintrete für die Einheit des Reiches und die Zollgemeinschaft mit Ungarn, so bin ich trotzdem gegen einen "Ausgleich um jeden Preis". "Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten," kann man am Eingänge zur Hofburg in Wien lesen ; diese Gerechtigkeit muß aber auch das Leitmotiv beim Abschlusse eines Ausgleiches bilden. (Loser: Sehr richtig.)

Was die nächste Zeit bringen wird, weiß niemand; jeder Tag kann Ereignisse zeitigen, aus denen man mit Sicherheit auf eine später folgende Lostrennung der beiden Hälften schließen kann. Für diesen Fall möchte ich an alle ernstesten Männer des Landes die Bitte richten, daran zu denken.

daß uns dieses Ereignis nicht ganz unvorbereitet treffe. Besonders aber richte ich meine Worte an die Arbeitgeber, welche mit allen Mitteln trachten mögen, dem Lande die traurigen Folgen einer länger dauernden Arbeitslosigkeit zu ersparen, zugleich mögen sie aber auch der Pflicht gedenken, die sie Arbeitern gegenüber haben, die in Zeiten glänzenden Geschäftsganges in treuer Dienstleistung ihre Arbeitskraft ihnen zur Verfügung gestellt haben, trotzdem aber nichts ersparen konnten, um in den Tagen einer unverschuldeten Arbeitslosigkeit nicht darben zu müssen.

Gebe Gott, daß die Würfel günstig fallen und bannt der Weg frei wird zur aufstrebenden Entwicklung unserer Monarchie und ihrer Volkswirtschaft zum Wohle besonders auch unseres Landes Vorarlberg. (Bravorufe.)

Landeshauptmann: Es hat sich Herr Abg. Dr. Waibel zum Worte gemeldet, ich erteile ihm dasselbe.

Dr. Waibel: Sehr geehrte Herren! Der zweite Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses beginnt mit den Worten: "Der Landtag spricht sich im Interesse der Machtstellung und der Wohlfahrt der Monarchie für die Einheit der Armee und für die Aufrechthaltung des gemeinsamen Zollgebietes aus." Ich glaube, der erstere Punkt bedarf einer

weiteren Erörterung nicht, er ist so klar, daß wir weitere Worte darüber wohl nicht verlieren müssen. Wir können uns auch ruhig auf unseren obersten Kriegsherrn verlassen, welcher sich bereits ausgesprochen hat, was unserer Armee nützt, daß sie nämlich einheitlich bleiben müsse und daß die Einheitlichkeit derselben zu ihrer Machtstellung und ihrem Ansehen unentbehrlich ist. Wir können uns darauf verlassen, daß sie einheitlich bleiben wird. Ich möchte zunächst nur zu den wirtschaftlichen Punkten, welche in bethen Anträgen enthalten sind, eitriges bemerken. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Eingangsgebühr für Zucker und bezeichnet dieselbe als eine in den Ausgleichsgesetzen nicht begründete und durch keine Gegenkonzession kompensierte einseitige Begünstigung der ungarischen Reichshälfte. Ich meinerseits erblicke in diesem Akte der Eingangsgebühr für Zucker den ersten Schritt zur volkswirtschaftlichen Trennung beider Reichshälften, und

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

191

es kann nicht ernst genug betont werden, welche Folgen dieser erste Schritt nach sich ziehen wird- (Loser: Sehr richtig!) Es ist selbstverständlich, daß ich als Vertreter der Handels- und Gewerbekammer die Einheit des Zollgebietes zwischen Österreich und Ungarn auf das nachdrücklichste betonen muß. Der Ruf nach wirtschaftlicher Trennung beider Reichshälften muß als ein ganz unverständiger Anachronismus bezeichnet werden. Gestatten Sie mir, daß ich auf die Geschichte des Zollbundes unserer benachbarten deutschen Staaten zurückkomme. Vor zirka 80 Jahren hatten wir dort nicht weniger als 38 eigene Zollgebiete. Das war ein Zustand, welchen der vernünftige Teil der Bevölkerung nicht lange zu ertragen vermochte. Schon Ende der zwanziger Jahre begannen die intelligenteren Regierungen die Einigung wenigstens zwischen einigen Staaten anzustreben. Preußen ist es gelungen, gleich am Schlüsse der zwanziger Jahre eine solche Einigung zu erzielen, und das Beispiel Preußens hat auch die süddeutschen Staaten, namentlich Bayern und Württemberg, angeregt, etwas derartiges anzubahnen. Diese Bewegung pflanzte sich fort und bereits im Jahre 1835 war die Zollvereinigung unter Führung Preußens begründet. Welch großer wirtschaftlicher Effekt dadurch erzielt wurde, brauche ich nicht länger zu schildern, es ist dies aus der Geschichte dieser Staaten hinlänglich bekannt. Dieser Verband blieb aufrecht bis zum Jahre 1862. Preußen benützte jede Gelegenheit zur Erweiterung dieses wirtschaftlich großen Gebietes mit Energie und Einsicht. Im Jahre 1862 ergab sich nun die Gelegenheit, mit Frankreich einen Tarifverband einzugehen, welcher für beide Teile große Vorteile versprach. Preußen schloß als Vertreter des Zollverbandes die Verträge mit Frankreich ab, aber dieser Akt hatte sofort die

Wirkung, daß der Partikularismus einiger Staaten neu erwuchs, und es brauchte vom Jahre 1862 bis 1865, bis diese Bedenken überwunden wurden, und nach langen Kämpfen traten endlich im Jahre 1865 alle Staaten dem von Preußen mit Frankreich abgeschlossenen Verträge bei, und von diesem Zeitpunkt an war der Zollverband von neuem gegründet, aber leider nur für kurze Zeit. Der Krieg, welcher im Jahre 1866 zwischen Preußen und Österreich ausbrach, hatte zur Folge, daß die deutschen Gebiete in zwei große Gruppen zerfielen, in den norddeutschen Bund und die vereinigte! süddeutschen

Staaten, und es entstand die Frage, ob letztere beim Zollverbande bleiben oder sich von demselben abtrennen sollen. Es dauerte aber nicht lange, bis man schlüssig wurde, daß diese Verbindung im Interesse der Wohlfahrt des ganzen Gebietes aufrecht erhalten werden müsse, und um diese Aktion richtig zu stützen und den süddeutschen Staaten eine gewisse Gewähr zu bieten, wurde das sogen. Zollparlament geschaffen. Dieser Stand blieb bis zum Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges, von da an wurde das jetzige deutsche Staatsgebiet ein vollständiges, unanfechtbares, einheitliches wirtschaftliches Gebiet. Meine Herren, das ist ein Beispiel, das mit aller Kraft zeigt, daß vernünftigerweise ein Zollgebiet nicht verkleinert, sondern soviel als möglich vergrößert werden soll. Es ist ganz unbegreiflich, daß in Österreich eine Bewegung entstehen konnte, das bisherige gemeinsame Zollgebiet zwischen Österreich und Ungarn zu spalten. Es geschieht dies von Leuten, welche wirtschaftlich noch wenig Erfahrung haben. Wir in Vorarlberg insbesondere müssen solche Bestrebungen mit allem Ernste bekämpfen und als verfehlt bezeichnen. Vorarlberg ist ein Industrieland, welches im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine ganz außerordentliche Bedeutung erlangt hat. Wir haben eine Bevölkerungszahl von 120.000 Seelen, die Bevölkerung von Österreich beträgt, insoweit sie als Industriebevölkerung angesehen werden kann, ungefähr 12,000.000. Unsere Bevölkerungsziffer steht also zu jener Ziffer im Verhältnis von 1:100. Run denken Sie sich die Exportziffer, die bezüglich Ungarns in Betracht kommt: Die Baumwoll- Exportziffer aus dem Jahre 1902 beträgt 154,521.000. Zunächst berühre ich nur diesen Punkt. Wenn Sie nun die Werkzeuge vergleichen, welche Vorarlberg zur Erzeugung in diesem Fache zur Verfügung hat, bekommen Sie ein eigentümliches Verhältnis. Vorarlberg hat 10 % aller Spindeln und 5 % der Webstühle.

Das sind Ziffern, welche beweisen, daß das kleine Vorarlberg am ungarischen Exporte in ganz außerordentlicher Weise beteiligt ist. Neben der Baumwollindustrie ist es dann die Stickereiindustrie, welche zu außerordentlicher Bedeutung gelangt ist, ebenso die Schuhwarenfabrikation und die Uhrenfabrikation u. a., wie z. B. die Bengerischen Fabrikate

in Bregenz. Bezüglich der Uhrenfabrikation kann ich die Mitteilung machen, daß der 4. Teil der

192

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

Produktion, wenn diese auch nicht gerade eine hohe Ziffer erreicht, nach Ungarn exportiert wird. Aus diesen Exempeln ist zu entnehmen, welche Bedeutung der Export nach Ungarn für Vorarlberg hat, es ergibt sich aus diesen Daten aber auch, was für Folgen es für Vorarlberg nach sich ziehen würde, wenn die Trennung des Zollgebietes eintreten würde, wenn also die vorarlbergische Produktion in ihrem Absätze in der Weise unterbunden würde. Mein geehrter Herr Vorredner hat bereits betont, daß die wirtschaftlichen Folgen erschreckende sein würden, und ich teile diese Ansicht vollkommen. Wer die Entwicklung der Industrie in Vorarlberg zu verfolgen Gelegenheit hatte, wird sagen müssen, daß diese Industrie viele Gemeinden Vorarlbergs zu einer gewissen Wohlhabenheit geführt hat und daß das Versiegen dieser Einnahmsquellen große Verlegenheiten hervorrufen würde und zwar nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch bei den Gemeinden und allen, welche mit diesen beiden zu tun haben. Wir haben sonach alle Ursache, dem Schlagworte "Los von Ungarn" mit allem Ernste zu begegnen. Die Handels- und Gewerbekammer, welche in erster Linie berufen ist, in wirtschaftlichen, namentlich in gewerblichen Fragen unser Land zu vertreten, hat in der Sitzung vom 15. d. M. diese Angelegenheit eingehend erörtert und ist zu einem Beschlusse gelangt, welchen an diesem Orte zu wiederholen ich mich veranlaßt sehe. Dieser Beschluß heißt:

"In spezieller Erwägung, daß die Einheit des Zollgebietes eine der Grundlagen der bisherigen Machtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Wohlfahrt ihrer Völker bildet:

in Erwägung, daß ihr Kammerbezirk, beziehungsweise das Land Vorarlberg in dieser Sache ganz besonders interessiert ist:

erklärt die Handels- und Gewerbekammer für Vorarlberg das Zustandekommen eines gerechten wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn auf Grund der Aufrechterhaltung des einheitlichen Zollgebietes im Interesse beider Reichshälften als höchst wünschenswert und zur Vermeidung der sonst beiden Teilen drohenden Schädigungen und wirtschaftlichen Erschütterungen dringend geboten."

Ich bin der Ansicht, daß der hohe Landtag dieser Resolution auch seine Zustimmung geben kann und seine Zustimmung durch Aufnahme in das Sitzungsprotokoll bekunde. Ich bin nun mit

meinen kurzen Ausführungen fertig und behalte mir vor, später eventuell noch einmal das Wort zu ergreifen.

Landeshauptmann: Zum Worte hat sich ferner Herr Abg. Loser gemeldet, ich erteile ihm dasselbe.

Losser: Hoher Landtag! Die sehr geehrten drei Herren Vorredner haben in einer überaus sachlichen und überzeugenden Weise die Wichtigkeit der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches sowohl vom staatlichen, als insbesondere auch vom wirtschaftlichen und sozialpolitischen Standpunkte aus besprochen. In einer Zeit - man darf wohl mit vollstem Rechte sagen - des Schlagwortes, wie soeben auch mein unmittelbarer Herr Vorredner dieses Wort gebraucht hat. in einer Zeit, wo oft die in das wirtschaftliche Leben des Einzelnen wie der Gesamtheit tief einschneidenden Fragen vielfach und sogar auch in Vertretungskörpern lediglich vom Standpunkte des Schlagwortes aus beurteilt und behandelt werden, ist eine solche sachliche Behandlung eines so wichtigen Gegenstandes, wie es der Ausgleich ist, gewiß nur mit Freuden zu begrüßen. Man hört seit geraumer Zeit und insbesondere seitdem in Ungarn durch das Treiben einer hochverräterischen Partei die jetzigen Wirren herbeigeführt sind, in unserer Reichshälfte in gewissen Kreisen immer wieder den Ruf: "Los von Ungarn!" "Keinen Ausgleich mehr," "Keine Gemeinsamkeit mehr mit der jenseitigen Reichshälfte, unter keiner Bedingung und unter keinen Umständen!" Ich habe zwar die volle Überzeugung, daß in diesen Ruf "Los von Ungarn unter allen Umständen" heute Tausende einstimmen, weil er ein modernes Schlagwort geworden ist, ohne daß es diesen Tausenden im Traume einfallen würde, über das Wesen, den Inhalt und die Tragweite des Ausgleiches auch nur eine Viertelstunde nachzudenken.

Im Anschlüsse an diese Parole "Los von Ungarn unter allen Umständen!" wird der Ausgleich dann als ein Ausbund aller Schlechtigkeiten und als ein die österreichischen Interessen eminent schädigendes Werk hingestellt, und das, was unserer Reichshälfte dienlich ist, wird nicht sonderlich erwähnt. Ich gebe zu und weiß, daß der Ausgleich viele Mängel und Fehler ausweist, und ich betrachte es als ein

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

193

verdienstvolles Werk, diese Mängel und Fehler auszumerzen.

Aber andererseits weiß ich auch, und es ist von den drei Herren Vorrednern bereits hervorgehoben worden, daß die österreichische Industrie Produkte für mehrere Millionen Kronen zollfrei nach Ungarn liefert. Was das für die Arbeiterschaft

bedeutet, hat mein Kollege und Freund Herr Abg. Dr. Drexel heute hier in gewiß außerordentlich guter Weise geschildert. Wenn unsere Gegner in den gegenwärtigen Zeiten immer wieder den Ausgleich bekämpfen und an demselben kein gutes Haar lassen, so habe ich mich schon öfters gewundert, daß eigentlich nie nach dem Schöpfer, dem Vater desselben, nach dem eigentlichen Schuldtragenden gefahndet wird. Es gibt zwar nach Ansicht unserer politischen Gegner zwei Kategorien von Menschen, die an allem Schlechten, Verwerflichen und Verkehrten, das es auf der Welt gibt. Schuld tragen und dafür verantwortlich gemacht werden. Das sind bekanntlich die Jesuiten und die bösen Christlichsozialen (Heiterkeit). Ich muß offen gestehen, es hat mich gewundert, daß unsere Gegner noch nie daran gedacht haben, die Jesuiten oder die Christlichsozialen oder beide zusammen für die Schlechtigkeit des Ausgleiches verantwortlich zu machen. Denn daß es in den gegnerischen Kreisen nicht eine große Anzahl von Leuten gäbe, die das, ohne einer weiteren Prüfung zu unterziehen, sofort glauben würden, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel. Daß dies nun doch nicht geschehen ist, beweist mir, daß noch nicht jeder Gerechtigkeits- und jede Objektivität in der Welt ausgestorben ist, was ich hier dankend konstatiert haben möchte (Heiterkeit). Allerdings ginge es auch nicht so leicht an, den Vater des Ausgleiches zu verleugnen, denn dieser ist mit seinem Werke zu eng verbunden. Es ist das, wie wir wissen, der ehemalige Freiherr und nachmalige Graf Beust und mit ihm die damalige Verfassungspartei, welche die Schuldtragenden sind. Wie sehr Beust mit dem Ausgleich verbunden ist, beweist der Umstand, daß die Schaffung dieses Ausgleiches ihm den wenig verdienstvollen Namen "Totengräber von Österreich" eingetragen hat. Man hat zwar von liberaler Seite aus versucht, Beust und mit ihm die Verfassungspartei zu entschuldigen und zu verteidigen. Man geht in dieser Verteidigung mitunter soweit, daß man die ganze Sache so darstellen möchte, als ob Beust nichts anderes getan

hätte, als die Abmachungen, die sein Vorgänger, der Ministerpräsident Belcredi, ein Konservativer, mit Ungarn gepflogen, zur Grundlage seiner Verhandlungen zu nehmen, und daß er nichts anderes getan hätte, als diese von Seite Belcredis getroffenen Abmachungen in Gesetzesform zu kleiden und zu ratifizieren. Nun, meine Herren, die Geschichte der damaligen Zeit - und sie liegt ja nicht so weit hinter uns - die sagt uns etwas anderes und zwar folgendes. Als Belcredi, der zweifellos einer der ehrlichsten Staatsmänner und ein Mann von seltener Pflichttreue und glühendem Patriotismus war, im Jahre 1865 an die Spitze der österreichischen Regierung getreten war, sah er ein, daß mit dem zu einem Rumpfparlamente herabgesunkenen, sogenannten erweiterten Reichsrat einfach nichts mehr anzufangen sei und er tat das, was man ihm,

wie ich glaube, nicht zum Vorwurf machen kann, er sistierte vorübergehend die Verfassung, um die parlamentslose Zeit zu Verhandlungen mit Ungarn zu benützen und um zu einem Resultate zu gelangen. Da brach der unglückselige Bruderkrieg vom Jahre 1866 aus, jener Krieg in dem Ungarn eine an Hochverrat grenzende Haltung einnahm. Der Preis des Friedens war, wie Sie wissen, der Ausschluß Österreichs aus dem deutschen Bunde. Die Ungarn benützten das Unglück Österreichs und waren nach den Kriege in ihren Anforderungen viel anmaßender und hochmütiger gegen das Ministerium Belcredi, als wie zuvor. Nichts desto weniger nahm Belcredi die Verhandlungen wieder auf und er war nahe daran, einen Ausgleich abzuschließen, der der Gemeinsamkeit ein weit größeres Feld gelassen hätte, als wie es beim gegenwärtigen der Fall ist. Da kam Freiherr von Beust dazwischen. Beust, ein ehemaliger sächsischer Minister, der infolge seiner Politik in Sachsen entbehrlich geworden war, wurde nach Österreich berufen, und zwar zunächst als Minister des Aeußeren. Von der damaligen Verfassungspartei mit Jubel begrüßt, weil man in ihm den kommenden Mann sah, das konservative Ministerium Belcredi zu stürzen und den Liberalismus, der damals so üppig in die Halme schoß, an das Ruder zu bringen, begann denn auch Beust alsbald die Stellung Belcredis zu unterminieren, und da es auf geraden Wegen nicht zu machen war, schlug er krumme und heimliche ein. Er verhandelte auf eigene Faust hinter dem Rücken

194

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

Belcredis mit den Ungarn und bot ihnen weit mehr, als ihnen Belcredi im Interesse der Machtstellung jemals bieten zu können glaubte. Als Belcredi davon Kenntnis erhielt, war es schon zu spät. Er sah die Unmöglichkeit der Verhandlungen seinerseits ein und gab seine Demission. Ihm folgte ein Ministerpräsidium Neust, der in aller Eile den Reichsrat einberufen hatte. Und diese Eile und Schleuderhaftigkeit, mit welcher dieser Ausgleich gemacht und mit dem mittlerweile ernannten ungarischen Ministerium und mit Deak abgeschlossen wurde, haftet diesem Werke heute noch an. Auf diese Weise ist der damalige 1867er Ausgleich zustande gekommen.

Die Tatsache, daß alle volkswirtschaftlichen und finanziellen zwischen beiden Teilen der Monarchie zu regelnden wichtigen Fragen über die gemeinsame< Angelegenheiten alle zehn Jahre erneuert werden müssen, bedeutet allein schon eine empfindliche Schädigung der Bevölkerung, wenn man weiß, was für Mittel und Konzessionen seitens der Regierung - ich erinnere nur an die Sprachenverordnungen Badenis - zur Schaffung des Ausgleiches oft in

Anwendung gebracht werden.

Die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten, die sogenannte Quote, das gesamte Zoll- und Handelsbündnis, die Zoll- und Wirtschaftspolitik der gesamten Monarchie hängt tatsächlich alle zehn Jahre in der Luft, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig den Ausgleich unter Dach zu bringen. Wenn auch die der pragmatischen Sanktion entsprungene, durch das Gesetz vom 21. Dezember 1867 grundgesetzlich als gemeinsam erklärten und niemals einseitig zu behandelnden gemeinsamen Angelegenheiten, wie die Vertretung der Monarchie nach außen, die Einheitlichkeit des Heeres und der Marine, nicht alle zehn Jahre erneuert zu werden brauchen, so hängen doch auch diese gemeinsamen Angelegenheiten in der Luft, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, eine Verständigung und Vereinbarung über die Quote für diese gemeinsamen Angelegenheiten herbeizuführen.

Tatsächlich hängt dermalen auch schon seit längerer Zeit die ganze pragmatische Gemeinsamkeit an dem Willen Sr. Majestät des Kaisers, dem allerdings nur auf ein Jahr verfassungsgemäß das Recht zusteht, die Quote zu bestimmen. Ob es aber vom Standpunkte des konstitutionellen Staates

zweckmäßig erscheint und begrüßt werden kann, daß man den Monarchen in eine Zwangslage versetzt und ihn zwingt, alljährlich eine Entscheidung herbeizuführen, die immer einen, oft aber beide Teile nicht befriedigt, glaube ich nicht länger hier erörtern zu sollen.

So wären, meine hochgeehrten Herren, auch noch manche andere Schattenseiten des gegenwärtigen Ausgleiches zu erwähnen und der Ruf nach einem besseren und gerechteren Ausgleich und vorzüglich die Forderung nach einer loyalen Durchführung der Ausgleichsbestimmungen nicht nur unsererseits, sondern auch vonseite Ungarns ist gewiß wohl mehr als berechtigt.

Was aber auf das entschiedenste verurteilt werden muß, ist die Tatsache, daß man aus nationalpolitischen Gründen, lediglich um vielleicht eine völlige Umgestaltung der Habsburgischen Monarchie auf Grund und im Sinne des "berühmten" Linzerprogrammes herbeizuführen, den Ausgleich bekämpft und dessen Zustandekommen zu verhindern versucht. Maie erinnert sich bei dieser Gelegenheit und angesichts dieses Treibens immer wieder an die bekannte Schrift, die alldeutsche Broschüre "Der Zusammenbruch Österreichs und dessen Wiederaufbau". Der Ausgleich wird tatsächlich aus politischen und nationalen Gründen vonseite unserer radikalnationalen Gegner bekämpft. Wer die Ausführungen der Führer der Radikalen verfolgt und einen Rundgang

durch den radikalnationalen Blätterwald macht, wird diese meine Behauptung gerechtfertigt finden. Man hört so oft die Forderung einer vollständigen Trennung von Ungarn und die Einführung der Personalunion. Selbst die bedauerlichen, gewiß jeden österreichischen Patrioten tief betrübenden Verhältnisse jenseits der Leitha sind vonseite dieser Kreise mit Jubel begrüßt worden, weil sie sich sagen, daß dies beitragen könnte, die Verwirklichung des Linzer Programmes ihnen näher zu bringen. Ich gestatte mir mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden eine solche Kundgebung der Alldeutschen mit Bezug auf die Ereignisse in Ungarn vorzulesen. Dieselbe lautet: (liest)

"Die Alldeutsche Vereinigung verfolgt die gegenwärtigen Vorgänge in Ungarn mit Genugtuung, da dieselben das alldeutsche Programm der Erfüllung näher rücken. Sie erblickt in diesen Vorgängen nur die Vorboten für die Verwirklichung

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

195

der im Linzer Programm aufgestellten Forderung nach der Personalunion, und sie muß im wirtschaftlichen Interesse der Bevölkerung der diesseitigen Reichshälfte wünschen, daß diese von Ungarn angestrebte Trennung je früher desto besser stattfindet, damit der für die industriellen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreise nachteiligen Ungewißheit ein Ende bereitet werde.

Die Befürchtung, daß die wirtschaftlichen Interessen durch die Errichtung eines getrennten Zoll- und Handelsgebietes gegenüber Ungarn beeinträchtigt, sowie die Befürchtung, daß durch die Schaffung einer selbständigen ungarischen Armee die Wehrmacht Österreichs leiden würde, wäre dadurch zu beheben, daß seitens der österreichischen Regie, und eine Zollunion und eine Militärkonvention mit dem Deutschen Reich angestrebt werde. Die Alldeutschen werden daher die auf die Trennung abzielenden Forderungen Ungarns nicht bekämpfen, denn ihre Erfüllung ist nur eine Frage der Zeit und entspricht dem alldeutschen Programm. Pflicht des österreichischen Parlamentes wäre es, schon jetzt auf die Beseitigung des unleidlichen Verhältnisses zu Ungarn mit aller Entschiedenheit zu dringen. Wenn je hiezu ein günstiger Augenblick vorhanden war, so ist es der jetzige."

Run, meine Herren, dies ist eine Kundgebung derer um Schönerer, und daß die Ostdeutschen, die dem bekannten Zuckermann Wolf auf seinen Pfaden folgen, auch mit einer Kundgebung kommen, die sich von der Schönerers nicht wesentlich unterscheidet, ist ziemlich selbstverständlich. Ich kenne auch sonst keinen besonders großen Unterschied zwischen diesen

beiden Richtungen, das hat der Pesthauch, welcher vor einigen Monaten im Brüxer Schwurgerichtssaale wehte, bewiesen. Nun hätten diese Kundgebungen eigentlich nicht gar viel zu bedeuten, denn sie stammen von einer Partei, von der man mit ziemlicher Gewißheit erwarten darf, daß sie infolge ihrer eigenartigen moralischen Qualifikation eine nicht allzu große Zukunft haben wird.

Etwas bedenklicher erscheint mir die Haltung der deutschen Volkspartei zu der Frage des Ausgleiches, weil sie infolge ihrer numerischen Stärke im Parlamente gewiß bei Lösung dieser Frage wesentlich ins Gewicht fällt. Wir wissen, daß die Deutsche Volkspartei, wenigstens ein Teil derselben - ich will auch in dieser Frage nicht alle

zusammenwerfen - für eine vollständige Trennung von Ungarn nach allen Richtungen bis zur Personalunion begeistert ist. Das geht schon aus dem Umstände hervor, daß, wie die Blätter berichten, vor einigen Jahren seitens einer Anzahl von Vertretern der Deutschen Volkspartei eine Unterredung mit dem Mitgliede der Unabhängigkeitspartei, dem Abg. Polonyi, in einem Saale des österreichischen Abgeordnetenhauses und dann später im Hotel "Imperial"

zu dem Zwecke veranstaltet wurde, um möglicherweise ein einheitliches Vorgehen in Bezug auf die vollständige Trennung herbeizuführen. Die ungarischen Politiker vom Schlage eines Polonyi und Barta haben des weitern später die Erklärung abgegeben, daß es sich bei dieser Besprechung auch darum gehandelt habe, eine Trennung der gemeinsamen Armee herbeizuführen, und es hätten sich die Vertreter der Deutschen Volkspartei dahin ausgesprochen, daß sie dieser Frage näher treten würden.

Ich will nicht untersuchen und kann auch nicht untersuchen, ob diese letzteren ungeheuerlichen Behauptungen seitens des Unabhängigkeitsparteilers Polonyi und seines Klubgenossen Barta auf Richtigkeit beruhen; der eine behauptet es, die Mitglieder der deutschen Volkspartei stellen es in Abrede. Wenn nun die Organe der deutschen Volkspartei und vor allem das Organ der Vorarlberger deutschen Volkspartei, der "Volksfreund", glaubt, mit der Zusammenstoppelung einer Reihe von Schimpfworten, die man den Christlichsozialen an den Kopf wirft, weil dieselben den Verrat aufdeckten, diese Tatsache aus der Welt geschafft zu haben, so irren sie gewaltig. Tatsache bleibt Tatsache und läßt sich nicht wohl in Abrede stellen. Man hat von verschiedenen Seiten versucht, dies zu beschönigen und auch merkwürdige Gründe hiefür angeführt - es war dies unter anderen der gegenwärtige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, der Abg. Kaiser - er hat gesagt, das sei nur eine Art Höflichkeitsakt gewesen und man habe den ungarischen Unabhängigkeitsparteilern Polonyi doch nicht so kurzer Hand abweisen

können. Der Anstand und die Höflichkeit hätten verlangt, daß man sich mit ihm beschäftigte. Es ist gewiß eine schöne Sache um die Höflichkeit, und jene, welche sie pflegen, sind gewiß zu loben. Aber die Höflichkeit hat hie und da auch schon einmal die deutsche Volkspartei im Stiche gelassen. Ich erinnere mich, daß vor einigen Monaten

196

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

anlässlich der Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention im Budgetsaale des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Anzahl Industrieller, sogenannte Zuckerbarone, eine Besprechung abgehalten und darüber gestritten haben, wie die Beute verteilt werden solle. Das hat den Beginn der Sitzung im Plenum des Hauses einige Zeit verzögert. Die Herren wurden ungeduldig, namentlich einige Mitglieder der deutschen Volkspartei, man lärmte, wie an der Börse drüben: "Was ist beim das, daß keine Sitzung beginnt?" und dann haben einige ziemlich extreme Herren der deutschen Volkspartei sich auf den Weg gemacht mit dem Rufe: "Hinaus mit den Zuckerbaronen!", ihnen folgte der wütend um sich hauende Sozialdemokrat Eldersch, man stürzte in den Budgetsaal, warf den Zuckerbaronen Grobheiten an den Kopf und drohte ihnen regelrecht mit dem Hinauswerfe. Und da waren einige Mitglieder der deutschen Volkspartei die ersten - ich wüßte welche, wenn ich Namen nennen wollte, - weil ich als stummer Augenzeuge der Szene beigewohnt habe. Ich habe gewiß keinen Grund, die Zuckerbarone, welche den Budgetsaal des Abgeordnetenhauses mißbrauchten, um dort ihre Beratung abzuhalten, zu verteidigen oder in Schutz zu nehmen, aber ich meine, es wäre ein mindestens ebenso patriotisches Werk gewesen, wenn die Herren der deutschen Volkspartei den Abg. Polonyi auf ähnliche Weise hinausexpediert hätten. (Rufe: Sehr richtig!)

Nun daß diese Kreise oder wenigstens ein Teil derselben - ich spreche immer nur von denen, welche tatsächlich diesen Standpunkt einnehmen - nicht wollen, daß es in Österreich zu geordneten Zuständen komme, beweist wieder ein anderes Beispiel. Die Organe der deutschen Volkspartei - man braucht nur das "Grazer Tagblatt" und das "Tiroler Tagblatt" zu lesen - verfolgten mit einer gewissen Genugtuung die Ereignisse in Ungarn und das Vordrängen der Kossuthisten in Bezug auf die Zweiteilung der Armee. Man hat allgemein in Österreich nach der starken Hand gerufen, welche da eingreifen sollte, und da erschien der Armeebefehl von Chlopy vom 16. September d. J. Man hat nun beobachten können, daß es diesen Organen, welche dem radikalen Flügel angehören, unbequem war, daß auf einmal die starke Hand sich gezeigt hatte. Man wand sich so um die

Sache herum, und schließlich hat man erklärt.

trotz des Armeebefehls müsse die Losung dahin lauten: "Los von Ungarn unter jeder Bedingung!"

Daß das Organ der Vorarlberger Freisinnigen in dasselbe Horn blies, ist wohl selbstverständlich.

Der "Vorarlberger Volksfreund" beschäftigte sich einigemal mit der Frage des Ausgleiches und besprach denselben vielfach auch vom nationalpolitischen Standpunkte aus; er schiebt allerdings auch wirtschaftliche Gründe in den Vordergrund. Wie wenig zutreffend aber diese Gründe sind, das bewiesen nicht nur unsere Ausführungen, sondern auch die Ausführungen des Herrn Dr. Waibel, welche er unmittelbar vor mir gemacht hat. Das Organ der Vorarlberger Freisinnigen schreibt in einem Leitartikel über den Ausgleich mit Ungarn unter anderem folgendermaßen: (liest).

"Das alte Österreich an sich, dies Produkt der Habsburgischen Heiratskünste, wer liebt es noch als solches? Österreich wird nur mehr bedingungsweise geliebt, wenn es slavisch, päpstlich oder deutsch sein will. Noch hat es Bedenkzeit, bald aber werden die Freier ungeduldig, dann geht zuerst das Geraufe los, das Haus wird angezündet und in den Trümmern findet die Matrone, die jeder Werber zu verjüngen versprochen hatte, einen unrühmlichen Tod."

Im gleichen Artikel, wo diese Frage behandelt wird. heißt es weiter: . . .

Landeshauptmann: Ich muß nur bemerken, daß ich, weil der Herr Redner dies nur als Produkt einer Zeitung verliest, dies zwar gestatte; sonst würde ich eine solche Sprache eines Redners für unparlamentarisch und hochverräterisch halten und solche Ausführungen nicht dulden.

Loser: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich vergessen habe, für diese Verlesung um Erlaubnis zu bitten.

Landeshauptmann: Ich bitte mich nicht mißzuverstehen; Ich erkläre nur, daß ich dies als parlamentarische Äußerung nicht gestatten würde.

Loser: Im gleichen Artikel heißt es weiter:

(liest)

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages, 1. Session der 9. Periode 1903.

197

"Das dritte Axiom ist nicht weniger im allgemeinen Bewußtsein lebendig: Wie Frieden und

Heilung dieser Zustände eintreten soll, ist vollständig unerfindbar. Immer rascher schreitet der Zersetzungsprozeß vor - nur mehr eines könnte helfen: die Gewalt. Eine "starke Hand" auf dem Throne würde die Revolution aufwecken, ein Bürgerkrieg wäre ein zu greuelvolles Ereignis, als daß nur jemand ihn für möglich halten könnte - nicht ohne Grund schaut daher die Sehnsucht der gequälten Völker nach Helfern jenseits der Grenzen aus."

(Ölz: Pfui!)

"Wir können uns selbst mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, nicht mehr helfen. Man mag sich denken, daß wieder ein fremder General seinem Herrscher meldet: Österreich und Ungarn liegen besiegt zu den Füßen Euerer Majestät, und daß dieser Herrscher dem glücklichen Habsburger seine gezähmten Untertanen wieder zur Verfügung stellt, oder auch, daß schon der Wille einer Konferenz genügen würde: Tatsache bleibt, daß die Dinge in Österreich bald eine Entwirrung verlangen, wie jene auf dem , Balkan, und die Mächte, die es wünschen, daß Österreich bestehe, werden selbst dafür sorgen müssen."

Das, meine Herren, ist doch eine ziemlich deutliche Sprache, die ist mindestens ebenso deutlich als eine Äußerung des alldeutschen Abg. Stein, welcher auf einen Zwischenruf im Abgeordnetenhaus bemerkte, "Wir schielen nicht nur hinaus, wir sagen es rund heraus, wir wollen hinaus nach Preußen!" und ebenso deutlich, als die Äußerung des Abg. Türk, welcher sich vor einigen Jahren im Abgeordnetenhaus nicht entblödete, den deutschen Kaiser anzurufen, mit den preußischen Kanonen in Österreich Ordnung zu machen! Sie sehen also, verehrte Herren, daß auch ein Teil der deutschen Volkspartei, ein Teil unserer Freisinnigen, den gleichen Weg wandelt. Ich mache ja nicht alle dafür verantwortlich, ich weiß ja, daß der Schriftleiter des "Vorarlberger Volksfreund" die schönerianischen Eierschalen im Lande noch nicht abgestreift hat. Wenn man die Aktionen der Freisinnigen verfolgt, so findet man, daß es die jüngere Generation ist, welche im Allgemeinen, insbesondere aber auch in dieser wirtschaftlichen Frage des Ausgleiches den Ton angibt. Auf einer Versammlung der Freisinnigen von Vorarlberg am 6. September

d. J. in Dornbirn war es Dr. Albert Ritter, welcher sich zum Worte meldete und im Anschlusse an ein Referat und unter Bezugnahme auf den Ausgleich folgende Resolution beantragte - ich bitte um Entschuldigung, ich habe mich gegen die deutsche Sprache versündigt, folgende "EntschlieÙung" muß es heißen - (liest)

"Der Deutsche Volksverein für Vorarlberg erklärt endlich, daß alle politischen und volkswirtschaftlichen

Erwägungen angesichts der Entwicklung der Verhältnisse nur zu dem einen Schlüsse führen können: Los von Ungarn, Auflösung aller Gemeinschaft, Zolltrennung und Personalunion."

Dieser Zusatz wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Nun, meine Herren, ich weiß, daß Dr. Albert Ritter, der Philosoph vom Vorderlande, sich schon seit Jahr und Tag den Kopf darüber zerbrochen hat, wie das Vorarlberger Volk in religiöser Beziehung zu bekehren und auf den richtigen Weg zu lenken wäre. Ich weiß, daß er auch in stillen, weihevollen Stunden den Einflüsterungen des hl. Hubertus lauscht, wie Dr. Ritter in seinem Buche "Los von Rom und hin zu Christus" schreibt, daß er ihm, als er einmal zweifelte, ob er auf dem rechten Wege sei, von der Wand seines Studierzimmers zugeflüstert habe: "Fahre fort auf dem einmal betretenen Wege, Du bist auf dem rechten Wege, das Volk aus dem Dunkel herauszuführen und aus den Fesseln," und was weiß ich noch von allem, "zu befreien!" Ich glaube nun aber, Dr. Ritter hat sich über den Ausgleich den Kopf nicht sonderlich zerbrochen, und hier hat ihm weder St. Hubertus noch ein anderer Heiliger was zugeflüstert, vielleicht aber ist ihm in nächtlicher Stunde am Fuße der hohen Kugel Wotan erschienen und hat ihm gesagt: "Fahre fort. Albert, auf dem betretenen Wege und arbeite weiter gemeinsam mit den Feinden des Habsburgerreiches an dessen Zertrümmerung, ich breite segnend meine Hände über dich!" (Heiterkeit.)

Run wäre es wohl ungerecht, wenn man die gesamte freisinnige Partei bezichtigen wollte, als ob sie mit alledem, was ich hier auseinandergesetzt habe, sich identifizieren wollte. Es ist mir ganz klar, daß ein gewaltiger Unterschied besteht, und auch im Laufe der heutigen Debatte ist dies schon merklich zutage getreten. Die älteren Leute der

198

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. 1. Session der 9. Periode 1903.

freisinnigen Partei, welche im wirtschaftlichen Kampfe alt geworden sind, welche sich ein großes Maß von Erfahrungen in diesem wirtschaftlichen Kampfe gesammelt haben, sind entschieden anders, die geben ihre Äußerung in besonnenerer Weise ab. Ich verweise auf verschiedene Kundgebungen der letzten Zeit, welche zu uns gedrungen sind, ich verweise auf die große Rede des Handelskammerpräsidenten Rudolf Ganahl. Allerdings müssen sich diese besonneneren Elemente in die Spalten der mit Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden "Feldkircher Zeitung" flüchten, da der "Vorarlberger Volksfreund" diesen vernünftigen Ideen nicht mehr zugänglich ist.

Ich komme zum Schlüsse. Man könnte mir gegenüber halten: "man hört auch von christlichsozialer Seite den Ruf "Los von Ungarn!" man braucht nur nach Niederösterreich zu gehen!" Gewiß, wir hören es auch dort, und man kann es unter Umständen auch von uns selbst hören. Aber wir rufen es nicht aus denselben Beweggründen und Motiven, auch nicht um jeden Preis und unter

allen Umständen, sondern wir stehen auf dem

Standpunkte, daß, wenn wir einmal zur Überzeugung gelangen sollten, daß alle unsere ehrlichen Bestrebungen und die Bestrebungen unserer gegenwärtigen Regierung, welche in diesem Falle anerkannt werden müssen, - wenn also alle diese

Bestrebungen einen einigermaßen gerechten und annehmbaren Ausgleich herbeizuführen, auf ungarischer Seite nicht anerkannt werden und Ungarn die Ausgleichsbestimmungen auch in Zukunft nicht einhält und nicht durchführt, dann wollen auch wir keinen Ausgleich nach dem Diktate der Ungarn; wir wollen ihn insbesondere auch dann nicht, wenn ein Ereignis eintreten sollte, welches bisweilen befürchtet wird, daß nämlich den ungarischen Unabhängigkeitsparteilern in Bezug auf ihre Bestrebungen auf die Trennung der gemeinsamen Armee irgendwie nachgegeben, Rechnung getragen würde. Denn mit der Aufhebung der Gemeinsamkeit des Heeres muß logischer- und konsequenterweise jede Gemeinsamkeit aufhören, dann besteht aber auch für uns keine Verpflichtung mehr, dann mögen jene Faktoren die Verantwortung tragen, welche diese Entscheidung herbeigeführt haben. Die kaisertreue Bevölkerung dieses Staates hat es jederzeit verstanden, für das kaiserliche Heer große Opfer zu bringen und die militärischen Lasten auf sich zu

nehmen und wird dieselben auch in Zukunft auf sich nehmen. Niemals aber wird die Bevölkerung für ein Heer der Herren Kosiuth und Barabas etwas bewilligen!

Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Träger der Krone in dem gewaltigen Kampfe, den er um sein gutes Recht führt, nicht wanken möge; das gesamte kaisertreue Volk steht in geschlossener Reihe wie eine undurchdringliche Kette hinter dem Monarchen und verfolgt mit fieberhafter Spannung und mit einem Gefühle der Bangigkeit und Sorge die Entscheidung, welche in den nächsten Tagen in Bezug auf die Einheitlichkeit der Armee fallen werden und fallen müssen. Möge es dem Monarchen gelingen, mit starker Hand alle jene Bestrebungen der Feinde des Reiches hintanzuhalten, möge es ihm auch gelingen, die Bestrebungen der Feinde des Thrones, die heute mehr denn je den Thron der Habsburger umschleichen, zuschanden zu mache>,

sodaß unser altehrwürdiges geliebtes Vaterland Österreich noch lange seine historische Mission inmitten der Völker Europas erfüllen kann. (Lebhafte Bravorufe.)

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr das Wort zu ergreifen wünscht, ist die Debatte geschlossen; das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Thurnher: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Landeshauptmann: Dann können wir zur Abstimmung schreiten; wenn der Wunsch geäußert wird, so werde ich jeden einzelnen Antrag separat zur Abstimmung bringen, weil dieselben auch verschiedener Natur sind. Ich ersuche jene Herren, welche dem ersten Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses (liest Punkt 1 des obigen Antrages) zustimmen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Ich bitte nun auch um die Abstimmung über Punkt 2 des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses (verliest Punkt 2 obigen Antrages). Jene Herren, welche diesem Antrage ihre Zustimmung geben, wollen sich von den Sitzen erheben. Der Antrag wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben; dieser Gegenstand ist somit erlediget und damit auch unsere heutige Tagesordnung.

XVI. Sitzung des Vorarlberger Landtages. I. Session der 9. Periode 1903.

199

Ich habe dem hohen Hause noch folgendes mitzuteilen: unmittelbar nach der jetzigen Haussitzung findet eine kurze Sitzung des Finanzausschusses statt behufs Verifizierung eines Berichtes, ebenso eine kurze Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses gleichfalls unmittelbar nach der Haussitzung. Der volkswirtschaftliche Ausschuß sowohl als auch der Gemeindeausschuß werden morgen Nachmittag Sitzung halten, und zwar der Gemeindeausschuß um 3 Uhr mit der Tagesordnung "Wehrvorlage" und der volkswirtschaftliche Ausschuß um 4 Uhr nachmittags mit der Tagesordnung: Verifizierung des Berichtes über die Grundbuchsangelegenheit.

Die nächste Sitzung beraume ich auf Samstag den 24. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr an Mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanzausschusses in Sachen der Herausgabe einer Wandkarte von Vorarlberg;
2. Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses über die Abänderung mehrerer Paragraphen des Statutes der Landeshypothekenbank;

3. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Errichtung einer Bau- und Kunsthandwerkerschule im Lande;

4. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Grundbuchgesetzes;

5. dritte Lesung des Gesetzentwurfes, womit ein Jagdgesetz für Vorarlberg erlassen wird.

Ich bemerke, daß die Herren heute allerdings noch von keinem dieser Gegenstände den Bericht in Händen haben, aber ich werde Vorsorge treffen, daß die gedruckten Berichte rechtzeitig vor der Sitzung in die Hände der Herren Abgeordneten gelangen werden.

Soeben teilt mir der Obmann des volkswirtschaftlichen Ausschusses noch mit, daß der volkswirtschaftliche Ausschuß ebenfalls jetzt noch, neben der morgigen Sitzung, eine kleine Sitzung abhalten wird behufs Verifizierung eines Berichtes. Wir haben also jetzt unmittelbar nach der Haussitzung drei kleine Sitzungen verschiedener Ausschüsse und morgen Nachmittag eine um 3 Uhr und eine um 4 Uhr.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr mittags.)
Druck von J. N. Teutsch. Bregenz.